

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, René Bochmann, Peter Boehringer, Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Moratorium der Klimaschutzpolitik und des Übereinkommens von Paris

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Wohlstand eines Landes ist derzeit und auf unabsehbare Zeit mit hohen CO₂-Emissionen pro Kopf verbunden. Wohlstand geht damit einher, dass wir privat wie auch industriell Energie verbrauchen. Auf globaler Ebene basiert der Energieverbrauch immer noch zu rund 80 Prozent auf fossilen und nuklearen Energieträgern. Insofern gibt es eine direkte Verbindung zwischen Wohlstandsniveau und CO₂-Emissionen. Obwohl man eine reelle CO₂-Neutralität zwar nie erreichen, sondern sich ihr nur annähern kann, ist auch dies – abgesehen von einem nahezu kompletten Umstieg auf Kernenergie – ohne massive Änderungen von Produktions- und Konsumgewohnheiten nicht möglich, welche nicht ohne substantiellen Widerstand der Bevölkerung zu erreichen sein dürfte.¹

Eine globale Lösung für Umwelt- und „Klimaschutz“ sowie zur CO₂-Einsparung durch das Übereinkommen von Paris ist sowohl bei den Industrie- als auch bei den Schwellenländern gescheitert. Durch den Effekt der Carbon Leakage schadet das Übereinkommen von Paris letztendlich sogar dem Ziel der reduzierten CO₂-Emissionen. Die derzeit eingesetzten klimapolitischen Instrumente der Bundesrepublik Deutschland führen zusammen mit den gestiegenen Energiepreisen zu einer Verlagerung der Produktion in Länder mit weniger strikten oder gar keinen wirksamen Umwelt- bzw. Klimaauflagen.

In Deutschland werden von der Industrie sowohl auf eigene Kosten als auch durch staatliche Fördermaßnahmen große Anstrengungen unternommen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Im Zeitraum 1990 bis 2015 hat Deutschland seine CO₂-Emissionen insgesamt um 22,4 Prozent verringert; weltweit sind diese jedoch im gleichen Zeitraum um rund 57,5 Prozent angestiegen.²

Das Konzept der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten führt insbesondere in Staaten wie China, Indien oder Brasilien dazu, dass mit den heute dort überwiegend verfügbaren Technologien und dem heutigen Konsumniveau CO₂-Neutralität eine Illusion

¹ vgl. www.nzz.ch/wirtschaft/erderwaermung-seit-der-industrialisierung-analyse-der-co2-daten-ld.1475661-#subtitle-welches-land-st-sst-am-meisten-co2-aus

² www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-abkommen-von-paris.html#:~:text=Die%20Staaten%20setzen%20sich%20das,auf%201%2C5%20Grad%20Celsius

bleibt (vgl. (1)). Eine Dekarbonisierung ist sowohl von den dortigen Entscheidungsträgern als auch von der örtlichen Bevölkerung offensichtlich nicht erwünscht, wäre sie doch mit massiven Einbußen des ohnehin schon geringen Lebensstandards verbunden.

China verursacht ca. 30 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen, die USA ca. 15 Prozent und Indien ca. 6 Prozent. Die gesamte EU mit rund 450 Millionen Menschen ist für nur ca. 8 Prozent des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Die Zielsetzung, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, durch die Dekarbonisierung nur eines Kontinentes zu erreichen, ist – unter der Annahme eines entsprechend hohen Einflusses von CO₂, welcher in dieser Ausprägung anzuzweifeln ist – rechnerisch unmöglich. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, auf eine gut evaluierte nationale Klimapolitik zu setzen sowie den Schwellenländern eine selbstbestimmte Klimapolitik auf Augenhöhe zuzugestehen.³

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ab sofort keine weiteren Maßnahmen umzusetzen, die in Zusammenhang mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 stehen;
2. unverzüglich ein Moratorium für das Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 und alle daraus abgeleiteten Gesetze zu erlassen, wobei ein solches Moratorium für alle Bundesministerien sowie für deren nachgeordnete Behörden gelten soll;
3. dieses Moratorium insbesondere auf Regelungen, Verordnungen und Vorschriften anzuwenden, die sich auf das Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 beziehen bzw. dessen Umsetzung dienen, des Weiteren auf Gesetze, Regelungen und Vorschriften,
 - a. die dazu führen, dass der deutschen Industrie Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen;
 - b. die dazu führen, dass die deutsche Bevölkerung materielle Wohlstandsverluste erleidet;
 - c. die nicht auf ihre Wirksamkeit hin geprüft und evaluiert worden sind;
 - d. die dazu führen, dass dem Bundeshaushalt Mittel entzogen werden;
 - e. die zur Einschränkung der Erzeugung von Nahrungsmitteln und industriellen Grundstoffen führen;
 - f. die staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen dabei unterstützen, die Ziele des Übereinkommens von Paris zu forcieren oder
 - g. die Technologietransfers sowie finanzielle Hilfen an Drittstaaten beinhalten;
4. das Moratorium erst dann aufzuheben, sobald die Schwellen- und Entwicklungsländer eine CO₂-Einsparquote von 22,4 Prozent (deutscher Einsparwert von 2015, d. h. zur Zeit des Pariser Übereinkommens) gegenüber ihrem CO₂-Höchstemissionswert vorweisen können.

Berlin, den 28. März 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

³ vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-c02-emittenten-weltweit/>

Begründung

Die Volksrepublik China nutzt die Ziele des Pariser Klimaabkommens und die damit verbundene ökosoziale Rhetorik argumentativ zur Schwächung Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Während die chinesische Staatsführung unentwegt auf größere Anstrengungen westlicher Staaten dringt, unterläuft Chinas Industrie jede Bemühung der internationalen Staatengemeinschaft, die Pariser Klimaziele einzuhalten. Allein die anstehenden Erweiterungen von Kohlenminen in der Volksrepublik China werden die globalen Methanemissionen in absehbarer Zeit um 10 % erhöhen. Zusätzlich sollen weitere Kohleförderstätten mit einer Kapazität von 559 Millionen Tonnen pro Jahr erschlossen werden. Flankierend dazu nimmt die Volksrepublik China mehr Kohlekraftwerksleistung in Betrieb als in der restlichen Welt zusammengenommen vom Netz gehen. Präsident Xi machte auch in seiner diesjährigen Eröffnungsrede des 20. Nationalkongresses deutlich, dass eine sichere Energieversorgung der Volksrepublik der chinesischen Führung wichtiger als eine Verlangsamung der Zunahme der CO₂-Emissionen ist.⁴

Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich auch in der Republik Indien, in Brasilien oder in weiteren Ländern des globalen Südens ab (vgl. <https://globalenergymonitor.org/projects/global-coal-plant-tracker/>).

So verständlich und nachvollziehbar die Strategie auch ist, die Nutzung fossiler Brennstoffe erst dann zu beenden, wenn sogenannte erneuerbare Energien – so dies ökonomisch überhaupt möglich ist – ausreichend Versorgungssicherheit bieten⁵, so falsch wäre es, in der Zwischenzeit die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich zu ruinieren und Deutschlands Industrie wettbewerbsunfähig zu machen, während die Volksrepublik China und andere Staaten offensichtlich keinerlei Interesse an einer Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen haben.

Besonders deutlich wird das in der Gestaltung des umstrittenen „Inflation Reduction Act of 2022“ der Vereinigten Staaten von Amerika, welches die Klimaschutzpläne der US-Administration als ein reines Subventionsmodell zum Nachteil der europäischen Staaten gestaltet.⁶ Die jüngst vorgelegten Pläne zum „Klimaschutz“ durch amerikanische Großkonzerne können mit Fug und Recht als „Klimahegemonie“ bezeichnet werden, auch hier wird der Einfluss der USA zulasten europäischer Firmen gehen.⁷

Des Weiteren hat die Regierung der Vereinigten Staaten keinerlei Handhabe, das Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 in den einzelnen Bundesstaaten durchzusetzen.⁸

Die Republik Indien erfreut sich indessen eines starken Wirtschaftswachstums und, damit verbunden, enormer Investitionen in Energiesicherheit und die Herstellung eines allgemeinen Zugangs zur Energieversorgung. Gleichzeitig verfügt Indien zwar über eine umfassende Gesetzgebung zum Umweltschutz, hat aber bislang keinerlei Gesetze oder Verordnungen explizit zum „Klimaschutz“ verabschiedet. Der im Jahr 2008 beschlossene „National Action Plan on Climate Change“ bildet weiterhin den Handlungsrahmen für die Indische Regierung, er definiert rein theoretisch, welche Maßnahmen im – so formuliert, eigentlich unmöglich zu gewinnenden – Kampf gegen den Klimawandel ergriffen werden sollen, hat aber keinen Gesetzesrang oder realpolitische Bedeutung. Neu-Delhi hat aktuell auch keine Pläne, ein Klimaschutzgesetz mit konkreten Zielen, wie beispielsweise die „Klimaneutralität“ bis 2070, auf den Weg zu bringen. Um bis 2070 „klimaneutral“ zu sein, müsste Indien, immer unter Annahme eines entsprechend hohen Einflusses von CO₂, in den nächsten 50 Jahren massiv in Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Energieversorgung, des Transportsektors und der Industrie investieren, so eine Studie des Council on Energy, Environment and Water (CEEW). Das CEEW beziffert den Investitionsbedarf auf jährlich 200 Milliarden US-Dollar (US\$) – insgesamt 10 Billionen US\$ bis 2070. Gut 80 Prozent davon würde allein für die Umstellung des Energiesektors auf sogenannte erneuerbare Energien benötigt. Weitere 30 Milliarden US\$ würden jedes Jahr zur Senkung der Emissionen in der Industrie benötigt. Auch hier ist keinerlei Engagement festzustellen. Vielmehr stellt die indische Regierung klar, dass eine Dekarbonisierung gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nachrangig ist.⁹

⁴ www.bloomberg.com/news/articles/2022-10-18/full-text-of-xi-jinping-s-speech-at-china-20th-party-congress-2022

⁵ www.latimes.com/business/story/2022-10-17/no-quick-exit-from-fossil-fuels-in-china-xi-says

⁶ www.handelsblatt.com/politik/international/klimapolitik-369-milliarden-dollar-das-us-klimaschutzpaket-enttauscht-die-euro-paeer/28583706.html

⁷ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cop27-klimaschutz-offensive-der-usa-europa-wenig-begeistert-von-kerry-plan/28793318.html

⁸ <https://unric.org/de/klimaschutz01072022/>

⁹ www.gtai.de/de/trade/indien/specials/indien-setzt-beim-klimaschutz-auf-erneuerbare-energien-807554

Deutschland und Europa lassen sich vorführen, zu Lasten der eigenen Bevölkerung, zu Lasten der eigenen Industrie und zu Lasten der Umwelt.